



Medienmitteilung

Zürich, 17. März 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 20. März 2023

Fokusthemen: **Justiz, GPK-Tätigkeitsbericht, Bau**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Behandlung eines Geschäfts im schriftlichen Verfahren über eine Aufstockung der Stellenprozente am Obergericht und über den Wahlkörper für das Präsidium des Steuerrekursgerichts entscheiden. Anschliessend ist eine ausführliche Diskussion zum Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission zu erwarten. Ebenfalls für Gesprächsstoff sorgen üblicherweise Vorstösse zu Verkehrsthemen – dies dürfte auch beim dringlichen Postulat zur Umfahrung Eglisau so sein. Voraussichtlich rasch behandelt werden indes drei Geschäfte zu Bauthemen, zu denen die zweite Lesung mit anschliessender Schlussabstimmung ansteht. Sollte der Rat vor Sitzungsende noch dazu kommen, wird er sich schliesslich noch mit ein paar parlamentarischen Initiativen beschäftigen.

Stellenerhöhung am Obergericht

Das Obergericht fordert, die richterlichen Ressourcen von 38 auf 46 Stellen aufzustocken, um die stetig wachsende Geschäftslast bewältigen zu können. Die Justizkommission (JUKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, einer Erhöhung der Stellenprozente zuzustimmen ([KR-Nr. 341/2022](#)). Den Bedarf einer Erhöhung der Stellenprozente sieht die JUKO als ausgewiesen an. Verschiedene Gesetzesrevisionen auf Bundesebene, eine steigende Prozessierfreudigkeit sowie der Ausbau der Strafverfolgungsbehörden haben zu steigenden Eingangszahlen und zu einer aufwendigeren Fallbearbeitung geführt. Derzeit wird die Mehrbelastung durch den Einsatz von Ersatzmitgliedern gestemmt.

JUKO-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

Steuerrekursgericht soll Präsidium selber wählen

Die Wahl des Präsidiums des Steuerrekursgerichts soll künftig nicht mehr durch den Kantonsrat, sondern durch das Gericht selber erfolgen. Die Justizkommission (JUKO) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 3 Stimmen, das Steuergesetz entsprechend zu ändern. ([KR-Nr. 42/2022](#)). Ursprung für die beantragte Änderung ist eine kommissionseigene parlamentarische Initiative. Für die Mehrheit der Kommission soll die Möglichkeit eines Co-Präsidiums möglich sein. Die Kommissionsminderheit (SVP) beantragt zwar ebenfalls, dass das Steuerrekursgericht sein Präsidium selber wählen soll. Allerdings sollen die Eckpunkte zur Wahl aus Gründen der Gewaltentrennung auf Verordnungsstufe und nicht durch den Gesetzgeber festgesetzt werden.

JUKO-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

Minderheit: Roland Scheck (SVP, Zürich), 079 794 11 77

Kritik an Aufsicht über elektronisches Patientendossier und schleppende Reformen

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist weiterhin unzufrieden mit dem elektronischen Patientendossier (EPD). Seit der Übernahme der Axsana AG durch die Post AG hat der Kanton kaum mehr Einflussmöglichkeiten. Zudem kritisiert die GPK den schleppenden Verlauf von Reformprojekten insbesondere im Bildungsbereich. Dies geht aus dem Tätigkeitsbericht der GPK hervor, über den der Kantonsrat am Montag diskutieren wird ([KR-Nr. 26/2023](#)). Obschon der Rat den Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen kann, ist mit einer ausführlichen Debatte zu rechnen. Erfahrungsgemäss wird der Tätigkeitsbericht zum Anlass genommen, um auf unterschiedlichste Anliegen hinzuweisen, die darin beleuchtet werden. Zu reden geben dürften neben dem EPD und den schleppenden Reformen im Bildungsbereich auch das Mietermodell in der kantonalen Verwaltung und der Datensicherheitsvorfall in der Justizdirektion.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich) 076 383 82 35

Reihenfolge der Projekte bei der Neuorganisation des Verkehrs in Eglisau

Das Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK) für die Ortsdurchfahrt in Eglisau soll der neu geplanten Umfahrung Eglisau angepasst und erst nach deren Realisierung umgesetzt werden. Dies fordert SVP-Kantonsrätin Romaine Rogenmoser mit Unterstützung von FDP, Mitte und EVP ([KR-Nr. 36/2023](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Da es sich um ein dringliches Postulat handelt, muss über dessen Überweisung sofort diskutiert werden, falls ein Ablehnungsantrag gestellt wird.

Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach), 079 427 11 17

Schlussabstimmung zu Beschaffungswesen, Sozialversicherungsgericht, Opferhilfe

Keine langen Debatten sind zum Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (BeiG IVöB) ([5772](#)), zu Änderungen des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht ([5806](#)) und zum Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz ([5823](#)) zu erwarten, da sie alle in zweiter Lesung beraten werden. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat hat in der ersten Lesung zum BeiG IVöB beschlossen, dass bei öffentlichen Auftragsvergaben die Qualität und die Nachhaltigkeit stärker berücksichtigt werden. Zudem soll damit auch das schweizweit harmonisierte öffentliche Beschaffungsrecht im Kanton Zürich eingeführt werden. Mit der Änderung des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht will der Rat die Einführung einer Kostenpflicht verhindern, die als Folge einer Änderung des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts (ATSG) geltend gemacht werden könnte. Und beim Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz hat der Rat entschieden, dass neu unter anderem die leistungsorientierte Finanzierung der Opferberatungsstellen auf Gesetzesstufe verankert werden soll. Des Weiteren beinhaltet die Anpassung auch eine ausdrückliche Verpflichtung, ein ausreichendes Angebot an Not- und Schutzunterkünften gemäss Vorgaben der Istanbul-Konvention bereitzustellen.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Parlamentarische Initiativen zu Individuelle Prämienverbilligung und Jugendparlament

Sollte der Rat vor Ende der Sitzung dazu kommen, wird er ein paar parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Mit einer PI verlangt SP-Kantonsrätin Esther Straub, unterstützt von Grünen, EVP und AL, eine Erhöhung des Kantonsanteils an der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) auf 120 Prozent ([KR-Nr. 368/2022](#)). Und SVP-Kantonsrat René Isler will, dass eine Alters-Obergrenze für das kantonale Jugendparlament von 18 Jahren eingeführt wird ([KR-Nr. 369/2022](#)).

Esther Straub (SP, Zürich), 078 609 81 81

René Isler (SVP, Winterthur), 079 201 53 32

Schriftliches Verfahren:

Diskussionslos behandelt wird am Montag die im Traktandum 1 beantragte vorzeitige Entlassung eines Handelsrichters ([KR-Nr. 118/2022](#)).

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12